

den Inseln mit Hilfe von Hochdruck-Wasserkanonen gestoppt worden (was die japanische Küstenwache bestritt) und hatten daraufhin ihr Monument im Meer versenkt.

Zu einem weiteren Dauerkonflikt dürfte die Akzentverschiebung in der japanischen Außen- und Sicherheitspolitik führen, sich nicht nur an friedenserhaltenden Aktionen in Asien (Ost-Timor, Kambodscha) zu beteiligen, sondern auch Truppen in Krisengebiete wie den Irak zu entsenden. Diese Entwicklung bestärkt ohnehin vorhandene Bedrohungsängste in China. Anfang Januar traf im Irak ein dreißigköpfiges Vorausteam der Selbstverteidigungsstreitkräfte (SDF) ein (bis März sollen 1.000 Soldaten dort sein), was von der amtlichen Tageszeitung der KP Chinas unmittelbar und heftig kritisiert wurde (RMRB online, 1.1.04). Dieser Schritt, der im Übrigen auch von der japanischen Bevölkerung abgelehnt werde, zeige den Wunsch Japans, eine politische und militärische Macht zu werden und markiere den Beginn einer Veränderung in der Verteidigungsstrategie. Er sei auch keineswegs ein isoliertes Ereignis, denn schon den Krieg in Afghanistan habe Japan als Chance wahrgenommen, einen Durchbruch bei der Entsendung von SDF nach Übersee zu erzielen. Nehme man die für 2004 beabsichtigte Revision des Verteidigungskonzepts („Basic Defence Forces Concept“) und die mit der Nordkorea-Krise begründete geplante Stationierung eines Raketenabwehrsystems hinzu, dann sei unschwer zu erkennen, dass Japan dabei sei, seine SDF zu einer konventionellen Armee umzugestalten, die auch in der Lage sei anzugreifen. Dies aber sei ein schwerer Angriff auf die japanische Friedensverfassung.

Ungeachtet der scharfen Worte waren chinesische und japanische Diplomaten bei den verschiedenen Treffen im Januar bemüht, die Irritationen herunterzuspielen – zumal beide Seiten sich gerade im Jahr 2003 bemüht hatten, die Beziehungen zu verbessern. Noch im September hatte der Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses Wu Bangguo Japan besucht, um den 25sten Jahrestag der Unterzeichnung des Friedens- und Freundschaftsvertrages zu feiern, und China hatte die Visapflicht für Kurzaufenthalte japanischer Touristen abgeschafft. Ja-

pan wiederum als größter Außenhandelspartner hatte China die höchsten Hilfszahlungen im Kampf gegen SARS zukommen lassen. (NZZ, 2./3.1.04; Kyodo News Service, 1., 10.1.04, nach BBC PF, 1., 10.1.04; SCMP, 12.1.04; WSJ, 13., 20.1.04; XNA, 15.1.04; ST, 17.1.04) -gs-

6 ASEAN+3 wollen „nichttraditionelle Sicherheitsprobleme“ bekämpfen

Bei einem eintägigen Ministertreffen der ASEAN+3 in Bangkok zum Thema Kampf gegen transnationale Kriminalität hat die VR China ihren Willen deutlich gemacht, eine aktivere Rolle in den internationalen Beziehungen zu spielen. Mit der ASEAN unterzeichnete sie ein Memorandum of Understanding über die Zusammenarbeit in diesem Bereich und auch mit den beiden anderen ostasiatischen Staaten Japan und Südkorea kam sie überein, im Kampf gegen Terrorismus und Kriminalität enger zusammenzuarbeiten. Nichttraditionelle Kriminalität schließt Terrorismus, Geldwäsche, Internetkriminalität und internationale Wirtschaftsverbrechen ein, aber auch Drogenhandel, Menschenhandel, Piraterie und Waffenschmuggel. Die Zusammenarbeit soll sich auf den Austausch von Informationen und Personal sowie auf gemeinsame Aktionen erstrecken.

Für die ASEAN hat die Teilnahme der drei Staaten unmittelbare Bedeutung, wie der thailändische Justizminister Phongthep Thepkanjana betonte; denn nur so seien transnational agierende Kriminelle umfassend und ganzheitlich zu bekämpfen, was wiederum der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung diene. China sieht in den Absprachen einen Schritt hin zu einem kommenden Sicherheitsmechanismus der ASEAN+3 (XNA, 10.1.04; Yonhap news agency, 10.1.04, nach BBC PF, 11.4.04).

Diesen Gedanken des Sicherheitsmechanismus behandelte ein Artikel in der größten englischsprachigen Tageszeitung in China, *China Daily* (nach XNA, 8.1.04), in dem auch ein Vergleich zu Europa gezogen wurde. In Ostasien gebe es nach dem Kalten Krieg zwei Arten von Sicherheitsproblemen, traditionelle und nichttraditio-

nelle. Zu den traditionellen gehörten die Territorialkonflikte und die Krise auf der koreanischen Halbinsel, zu den nichttraditionellen seien der Terrorismus, der Separatismus, die rassistischen Konfrontationen, die grenzüberschreitende Kriminalität und die Umweltverschmutzung zu zählen. Die traditionellen Probleme seien der Hauptgrund für Militärbündnisse, die nichttraditionellen eine treibende Kraft für Zusammenarbeit. In Europa nun seien Mechanismen und Organisationen wie die NATO entstanden, um die Sicherheit zu erhalten, in Ostasien gebe es kein solches System. Die Allianz zwischen den USA und Japan spiele zum Teil sogar eher eine destabilisierende Rolle. Die USA, die die Sicherheitslage innerhalb und außerhalb Ostasiens maßgeblich beeinflussten, verfolgten das Ziel einer unipolaren Hegemonie, während China, Russland und sogar Japan Multipolarität befürworteten. Von den drei grundlegenden Formen eines Sicherheitsmechanismus (Hegemonie, *balance of power*, Kooperation) sei derzeit in Ostasien die *balance of power* für den Erhalt der Sicherheit entscheidend, auf lange Sicht aber müsse dies ein System kooperativer Sicherheit werden. -gs-

Innenpolitik

7 Legitimationsoffensive der parteistaatlichen Führung

Seit ihrem Antritt im Herbst 2002 ist die neue parteistaatliche Führung bestrebt, ihre Herrschaft durch die Betonung besonderer Volksnähe zu legitimieren. Das diesjährige Neujahrsfest, das in der vierten Januarwoche gefeiert wurde, bot den Mitgliedern der Führungsspitze Gelegenheit, diese Volksnähe durch medienwirksame symbolische Gesten zu unterstreichen. So zeigten sich KPCh-Generalsekretär und Staatspräsident Hu Jintao, Ministerpräsident Wen Jiabao und andere Mitglieder der Führungsriege im Januar wiederholt an der gesellschaftlichen Basis in persönlichem, emotional vermitteltem Einsatz für die Belange der einfachen Bevölkerung. Wie die staatlichen Medien erläuterten, hatten

sie in ihrem politischen Reisegepäck sozioökonomische Linderungsmaßnahmen wie Hilfen für arme Bauern und städtische Arbeitslose, Sozialleistungen für Migranten oder die Zahlung ausstehender Löhne.

Zur ideologischen Unterfütterung dieser symbolischen Politik der Volksnähe stellte die Parteiführung in der ersten Januarhälfte eine Reihe neuer parteipolitischer Doktrinen und Konzepte vor. Der Gewichtung im offiziellen Diskurs nach zu urteilen, dürften sie die ideologische Grundlage für den politischen Legitimationsanspruch der gegenwärtigen Führungsspitze bilden. Teilweise verrät die Rhetorik und die ihr zugrunde gelegte Argumentation eine gewisse Innovationsfreude und Aufgeschlossenheit der Führungsspitze gegenüber den komplexen Anforderungen der wirtschaftlichen und sozialen Modernisierung des Landes. Zu anderen Teilen knüpfen die neuen Konzepte an althergebrachte leninistische Dogmen und rhetorische Standards an.

Zentrales Dokument dieser Legitimationsoffensive ist ein signierter Artikel, der am 12. Januar in der *Volkszeitung* erschien, dem Sprachrohr der Partei; durch seine Unterteilung in 16 Punkte erhält der 6.400 Zeichen lange Text den Charakter einer offiziellen Programmatik. Gegenstand des Artikels sind „vier Konzepte“ (*si guan*), die KPCh-Generalsekretär Hu Jintao persönlich als Quintessenz „wichtiger Ideen und Konzepte“ zugeschrieben werden. Die Formulierung dieser Konzepte, die sich an den Erfordernissen der gegenwärtigen Realität ausrichteten, beweise den „theoretischen Mut“ der KPCh und ihre Kompetenz als herrschende Partei. Die Inhalte der „vier Konzepte“ sollen hier kurz skizziert werden:

1. Das „Konzept der Entwicklung“ (*fazhanguan*) basiert auf der Forderung nach „umfassender, koordinierter und nachhaltiger Entwicklung“. Entwicklung dürfe nicht simplizistisch im rein quantitativen Sinn eines möglichst hohen Wirtschaftswachstums verstanden werden. Wenn dieses Wirtschaftswachstum auch die materielle Grundlage für die weitere Entwicklung des Landes sei, so dürfe sie doch nicht auf Kosten von

Qualität und Effizienz und ohne Rücksicht auf die politische und geistige Zivilisation und auf den umfassenden Fortschritt der Gesellschaft und ihrer einzelnen Mitglieder verfolgt werden. Probleme wie die letztjährige SARS-Krise, die Diskrepanz zwischen ländlicher und städtischer Entwicklung, die erheblichen regionalen Einkommensunterschiede und die zunehmende Umwelt- und Ressourcenbelastung hätten die Defizite eines Entwicklungskonzeptes aufgezeigt, das ausschließlich auf quantitativen wirtschaftlichen Wachstumsindikatoren fuße. Umso wichtiger sei es, ein „wissenschaftliches“ Konzept zu generieren, das eine umfassende und koordinierte Entwicklung zwischen Stadt und Land und zwischen den verschiedenen Regionen des Landes verfolge, und das die Interessen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, der Entwicklung des Menschen und die der natürlichen Umwelt sowie die der binnen- und außenwirtschaftlichen Entwicklung zugleich berücksichtige. Damit nimmt der Artikel die langjährige Kritik internationaler Ökonomen an einer rein quantitativen Wachstumsstrategie mit ihren negativen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Folgen auf. Zugleich wird darin eine Umkehr von der unter Deng Xiaoping eingeführten Maxime signalisiert, einige privilegierte Bevölkerungsgruppen „zuerst reich“ werden zu lassen – die Maxime lautet nun vielmehr – „Die gesamte Nation kann nicht zu Wohlstand gelangen, bevor nicht die Bauern zu Wohlstand gelangen; das gesamte Land kann nicht modernisiert werden, bevor nicht die westlichen und rückständigen Landesteile modernisiert werden.“

2. Das „Konzept politischer Leistungen“ (*zhengjiguan*) beinhaltet im Wesentlichen den Aufruf an alle politischen Funktionsträger, sich voll und ganz für die „Verwirklichung der fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung“ einzusetzen. Dahinter verbirgt sich ein scharfer Angriff auf „eine Minderzahl von Kadern, die der Sache der Partei und des Volkes Schaden, ja großen Schaden zu-

gefügt“ hätten. Explizit kritisiert werden Verhaltensweisen wie das eigennützige Streben nach Extravaganz, Neuheiten und Pomp, die kurzfristige Planung großer angelegter Prestige-Projekte zur eigenen Image- und Karrierepflege, die Bevorzugung kurzlebiger Visionen vor nachhaltig greifbaren Resultaten und die Verfolgung partikularer und kurzfristiger statt übergreifender und langfristiger Interessen. Letztgültiges Kriterium für die Einschätzung politischer Leistungen müsse aber die Zufriedenheit und Unterstützung durch die Bevölkerung sein, an deren Bedürfnissen sich politisches Handeln ausschließlich zu orientieren habe.

3. Das „Konzept qualifizierter Fachleute“ (*rencaiguan*) greift ein zentrales bildungspolitisches Dokument vom Ende Dezember 2003 auf, das die Humanressourcen zur wichtigsten volkswirtschaftlichen Ressource des Landes aufwertet (vgl. dazu C.a., 2003/12, Ü 13 sowie die Übersicht „Beschluss zur Entwicklung qualifizierter Fachleute“ in der Rubrik „Wissenschaft, Bildung ...“). Die Heranbildung großer Kontingente von qualifizierten Fachleuten entscheide über die weitere Entwicklung des Landes und sei der ausschlaggebende Faktor über die Positionierung der VR China im internationalen Wettbewerb. In diesem Zusammenhang bemerkenswert und im Vergleich zu bisherigen bildungspolitischen Ansätzen neuartig erscheint die Würdigung individueller Fähigkeiten und Entfaltungswünsche. So wird nicht nur jedem Mitglied der Bevölkerung die grundsätzliche Fähigkeit zur Qualifizierung, sondern auch die Chance zugestanden, sich nach Maßgabe der eigenen Begabungen und Neigungen persönlich und beruflich zu entfalten. Mit der Betonung individueller Entfaltungsmöglichkeiten und den damit verbundenen Chancen sozialer Mobilität, die sich vom bisherigen sozialistischen Menschenbild austauschbarer „Massen“ deutlich abhebt, erscheint dieses Konzept durchaus zukunftsweisend.
4. Das „Konzept der Massen“ (*qunzhongguan*) schließlich verlangt,

dass Partei- und Regierungsfunktionäre sich ausschließlich an den Interessen der Bevölkerung orientieren und voll und ganz für das allgemeine Wohl einsetzen. Als viertes und letztes der vorgestellten Konzepte fällt es in die Rhetorik der leninistischen „Massenlinie“ zurück. Zwar wird zunächst der Anspruch einer quasidemokratischen Legitimation parteistaatlicher Herrschaft erhoben, wenn es heißt: „Die Macht der Partei kommt aus dem Volk; alle Macht gehört dem Volk; es ist das Volk, das den Führungskadern auf allen Ebenen ihre Macht gibt.“ In der Folge wird jedoch klargestellt, dass der Kommunistischen Partei kraft ihrer historischen Rolle als revolutionärer Vorhut die alleinige und fortwährende Kompetenz zur Vertretung der Interessen des Volkes zukommt. Auch unter der neuen Führung, so die implizite Folgerung, bleibt die herrschende Partei der Notwendigkeit einer regelmäßigen demokratischen Legitimierung durch Volkswahlen und andere aktive Partizipationsformen enthoben; vielmehr genügt es offenbar weiterhin, die Rhetorik der Massen als „Herren des Staates“ im Munde zu führen.

Die vier Konzepte, so resümiert der Artikel, stellen eine organische Einheit dar, die für die weitere Hebung des „Führungsniveaus“ und die Stärkung der „Regierungskapazität“ der KPCh eine wichtige Orientierung bietet. Der gemeinsame Fokus der vier Konzepte liege auf der Wahrung der Interessen der breiten Bevölkerung, und es sei die Aufgabe jedes einzelnen parteistaatlichen Vertreters, sich diese Verpflichtung gegenüber dem Volk bewusst zu machen.

In ihrer Gesamtheit erscheinen die vorgestellten „vier Konzepte“ sehr heterogen. Während das „Konzept der Entwicklung“ und vor allem das „Konzept qualifizierter Fachleute“ durchaus innovative Elemente enthalten und im internationalen Kontext diskursfähig erscheinen, ist das „Konzept politischer Leistungen“ und erst recht das „Konzept der Massen“ sehr stark im überkommenen sozialistischen Herrschaftsjargon verhaftet.

Ab dem 13. Januar verbreitete die *Volkszeitung* eine weitere ideologische Maxime, die ebenfalls Hu Jintao persönlich zugeschrieben wird. Es handelt sich um die Formel „nach der Wahrheit trachten und sich mit konkreter Arbeit befassen“ (*qizhen wushi*), die der KPCh-Generalsekretär in einer „wichtigen Rede“ anlässlich der dritten Plenarsitzung der Disziplinarkontrollkommission verkündete. Dem offiziellen Wortlaut nach fasst diese Maxime, die parteipolitischen „Geist“ und „Arbeitsstil“ zugleich vorgibt, acht Forderungen an die Parteigenossen zusammen. Diese reichen von der Überzeugung, dass sich China im Anfangsstadium des Sozialismus befindet, über die Verpflichtung zum Einsatz für die fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung bis hin zum Einsatz für die Stärkung der KPCh in ihrer Position als herrschende Partei.

Auf den ersten Blick erinnert die Vier-Zeichen-Formel an Deng Xiaopings Maxime, „die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen“ (*shishi qiushi*), die in Abgrenzung von den politischen Klassenkämpfen den Aufbruch zu einem pragmatischen Politikstil signalisierte. Wie die weiteren Äußerungen Hu Jintaos zur Erläuterung der Maxime „nach der Wahrheit trachten und sich mit konkreter Arbeit befassen“ allerdings zeigen, verbirgt sich dahinter in erster Linie ein Rundumschlag gegen negative Erscheinungen im persönlichen Verhalten von Partei- und Regierungsfunktionären. Der Dekalog kritischer Verhaltensweisen umfasst die Scheu vor solider Arbeit und gewissenhaftem theoretischen Studium; eine oberflächliche Implementierung politischer Maßnahmen; die Obsession für grandiose Projekte und hochfliegende Pläne, deren mangelnder Realismus große materielle Kosten mit sich bringt; der eigenwillige Umgang mit, teilweise sogar das Ergreifen von Gegenmaßnahmen gegen politische Vorgaben der zentralen Autoritäten; das eigennützige Streben nach persönlichem Prestige und Profit; die Vertuschung negativer Vorkommnisse im eigenen Zuständigkeitsbereich; die Pflege eines aufgesetzt konzilianten persönlichen Stils zur Vermeidung sachbezogener Kritik; Hedonismus, Extravaganz und Verschwendungssucht; Amtsmissbrauch und Korruption; und schließlich die Distanzierung von den

Belangen der Massen. Vierzehn Monate nach seinem Amtsantritt als KPCh-Generalsekretär sieht sich Hu Jintao nun offenbar berufen, diese verbreiteten Übel auszumerzen – ein Ehrgeiz, an dem bereits einige seiner Vorgänger gescheitert sind.

In der nun vorgestellten Formulierung birgt das Legitimationsgerüst der neuen parteistaatlichen Führung ein grundlegendes Dilemma. Auf der einen Seite wird mit der Betonung der Volksnähe und dem Generalanriff auf negative Verhaltensweisen in Funktionärskreisen ein massiver Eingriff in überkommene Interessenstrukturen angekündigt. In lokalen ebenso wie in ministeriellen Bürokratien dürfte die neue Führungsspitze sich damit zahlreiche potenzielle Feinde schaffen. Auf der anderen Seite ist aber fraglich, ob die Bevölkerung die neue Volksnähe der Führung ausreichend honorieren wird. Denn der Verzicht auf genuine demokratische Legitimationsmechanismen schützt die KPCh zwar wie alle autoritären Regime vor der Gefahr einer „Bestrafung“ durch schlechte Wahlergebnisse. Ebenso verhindert dieser Verzicht aber auch die „Belohnung“ einer positiv wahrgenommenen Ausübung politischer Herrschaft, wie sie durch Volkswahlen oder andere Partizipationskanäle erst möglich würde. Mit der Ablehnung einer weitergehenden Demokratisierung des politischen Systems verzichtet die jüngste Legitimationsoffensive somit auf einen wichtigen Mechanismus zur Mobilisierung gesellschaftlicher Zustimmung. Der Führung um Hu Jintao könnte damit mehr an Opposition aus den eigenen Reihen erwachsen, als sie an effektivem Rückhalt in der Bevölkerung gewinnt. (RMRB, 12., 13., 14., 15., 16., 20., 21., 22., 23.01.04; Xinhua, 12., 15.01.04, nach BBC PF, 15., 16.01.04) -hol-

8 Korruptionsbekämpfung: Innerparteiliche Überwachung soll gestärkt werden

Vom 11. bis zum 13. Januar fand in Beijing die dritte Plenarsitzung der Zentralen Disziplinarkontrollkommission zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und des Arbeitsstils der Partei statt. Den Abschluss markierte die Annahme einer Resolution, die auf

eine Stärkung der innerparteilichen Aufsicht abzielt. Überwachungsbeamten soll mehr Macht zur Überprüfung von Parteikadern gewährt werden und auch „gewöhnlichen“ Parteimitgliedern eine größere Rolle im Kampf gegen die grassierende Korruption zukommen.

Die Resolution geht explizit auf die Verschärfung der Kontrolle von Führungskadern der höchsten Ebenen ein. Der Beschluss zählt acht Anforderungen (*ba xiang yaoqiu*) an Spitzenkader auf, zu denen unter anderem die Ermahnung einer Amtsführung im Einklang mit geltendem Gesetz, aber auch die Aufforderung der Überwachung von Familienangehörigen zählen. So wird gewarnt, es Ehepartnern, Kindern und Mitarbeitern nicht zu gestatten, Vorteile aus der eigenen exponierten Machtstellung zu ziehen und „egoistische Interessen“ zu verfolgen. Hongkonger Quellen zufolge sollen nun auch die Mitglieder des Politbüros systematischer Kontrollen unterzogen werden. Dementsprechend müssten die Angehörigen des de facto höchsten Führungsorgans regelmäßig über eigene und familiäre Einkünfte Bericht erstatten. Dass der Machtmissbrauch insbesondere unter Spitzenkadern verbreitet ist, ist auch Befund des Inspektionsteams zur Überwachung der Regierungsarbeit auf lokaler Ebene (vgl. C.a., 2003/8, Ü 9). Xinhua berichtet, dass die im August letzten Jahres in verschiedene Provinzen ausgesendeten Inspektoren die meisten Fälle von Machtmissbrauch unter Führungskadern konstatieren.

Die neuen Beschlüsse der Zentralen Disziplinungskommission institutionalisieren zudem die Rechte „gewöhnlicher“ Parteimitglieder, Amtsmissbrauch von hohen Führungskadern zu melden. Die Kommission muss innerhalb einer festgelegten Zeit auf alle angezeigten Fälle antworten. In einer auf der Konferenz gehaltenen Rede unterstrich Generalsekretär Hu Jintao die Notwendigkeit, Führungskader der Kontrolle des Volkes auszusetzen. Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung müssten auf „Überwachung durch die Partei, die Staatsorgane, die Öffentlichkeit und durch die Medien“ beruhen.

Oriental Outlook, eine von Xinhua herausgegebene Zeitschrift, sieht in

den neuesten Verlautbarungen einen Trend hin zur kollektiven Verantwortung der Parteimitglieder im Kampf gegen die Korruption. Zudem stehe neben rigoroser Bestrafung korrupter Praktiken nun auch die Prävention mehr im Vordergrund als zuvor.

Von Beobachtern aus dem In- und Ausland werden die neuen Beschlüsse in der Korruptionsbekämpfung durchaus als Schritt in die richtige Richtung gelobt. Der geplanten Überwachung von Mitgliedern des Politbüros und deren Familienangehörigen stehen viele jedoch zurückhaltend gegenüber. Fehlende Transparenz und die immer noch hohe Geheimhaltung der Arbeitsvorgänge im Politbüro und der Zentralen Disziplinungskommission stünden einem solchen Ziel entgegen. Medien und Öffentlichkeit hätten dadurch keine Möglichkeit, eine in der Korruptionsbekämpfung wichtige Kontrollfunktion einzunehmen.

Nichtsdestotrotz sind internationale Kommentatoren der Ansicht, dass die neue parteistaatliche Führung um Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao im Kampf gegen die gravierende Korruption erfolgreicher sein könnte als ihre Vorgänger. Seit der Machtübernahme Ende 2002 haben Hu und Wen sich bemüht, das Image einer sauberen Regierung zu erzeugen. Nicht wenige hochrangige Politiker und Unternehmer wurden aufgrund korrupter Praktiken verurteilt und bestraft (vgl. C.a., 2003/10, Ü 6; 2003/8, Ü 9; 2003/7, Ü 9). Dazu gehört beispielsweise der ehemalige Präsident der Bank of China, Wang Xuebing, der letzten Monat zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Als weitere Beispiele sind der ehemalige Parteisekretär von Hebei, Cheng Weigao, und der frühere Minister für Bodenverwaltung und natürliche Ressourcen, Tian Fengshan, zu nennen. Während Cheng im August letzten Jahres aus der Partei ausgeschlossen wurde, ist Tian letzten Oktober aus seinem Amt entlassen worden. Die Ermittlungen gegen beide dauern an.

Hongkonger Quellen zufolge sollen allein im ersten Halbjahr 2003 über 8.000 Mitglieder der KPCh aufgrund von Korruptionsvorwürfen ins Ausland geflohen sein. Die Parteiführung wolle sich nun um die Auslieferung dieser korrupten Parteikader und ih-

rer Familienmitglieder bemühen. Letzten Monat unterzeichnete China eine UN-Konvention gegen Korruption, die darauf abzielt, die internationale Kooperation zur Zurückgewinnung öffentlicher Gelder zu intensivieren und Delinquenten vor Gericht zu bringen. (Xinhua, 12., 13.1.04, nach BBC PF, 15., 17.1.04; SCMP, 13., 14.1.04; XNA, 14., 15.1.04; ST, 30.1.04; Willy Wo-Lap Lam, „Chinese Corruption Crusade Causes New Factional Infigting“, in: *China Brief*, volume 4, issue 2 (20.1.04), www.jamestown.org) -bk-

9 Regierungskampagne zur Unterstützung ländlicher Migranten

Die parteistaatliche Führung setzt sich in jüngster Zeit verstärkt für die Aufwertung der Rechte von Wanderarbeitern ein. In den letzten Monaten wurden eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die diskriminierenden Politikrichtlinien ein Ende setzen und die Lebens- und Arbeitsbedingungen ländlicher Migranten verbessern sollen.

Bereits im Oktober letzten Jahres war ein nationales Fortbildungsprogramm für Wanderarbeiter bäuerlicher Herkunft aufgestellt worden, das im Zeitraum von sieben Jahren einem Großteil der ländlichen Wanderarbeiter eine Grund- bzw. weiterführende Fachausbildung sowie *on-the-job-training* ermöglichen soll (vgl. C.a., 2003/10, Ü 8). Im Vorfeld des Frühlingsfestes, zu dem viele Wanderarbeiter in ihre Heimatorte reisen, nahm sich die Zentralregierung nun einem weiteren gravierenden Problem dieser stetig anwachsenden Bevölkerungsgruppe an. Zuständige Ministerien und Kommissionen des Staatsrats wiesen die Regierungen aller Ebenen an, für die Auszahlungen überfälliger Löhne an Wanderarbeiter zu sorgen. Insbesondere in der städtischen Baubranche, die von der billigen Arbeitskraft ländlicher Zuwanderer lebt, hat diese skrupellose Praxis vieler Bauunternehmer in den letzten Jahren des Öfteren zu Selbstmorden und Protesten verzweifelter Arbeiter geführt. Experten der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften schätzen, dass sich über die letzten Jahre insgesamt eine Summe von 100 Milliarden RMB hinfäl-

liger Lohnauszahlungen angesammelt habe.

Ihren Anfang nahm die bisher beispiellose Kampagne im Oktober letzten Jahres, als Ministerpräsident Wen Jiabao die Anstrengungen einer Bäuerin in Chongqing lobte und unterstützte, noch ausstehende Gehälter ihres Mannes bei einer lokalen Baufirma einzutreiben. In den Monaten darauf erließen Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao Direktiven, die zu „substanziellen Bemühungen zum Schutz der Rechte und Interessen ländlicher Wanderarbeiter in urbanen Regionen“ aufforderten. Die lokalen Regierungen wurden dazu aufgerufen, sowohl die Symptome als auch die Ursachen der Problematik zu behandeln sowie Mechanismen und gesetzliche Bestimmungen zur künftigen Vermeidung derartiger Rückstände bei Lohnauszahlungen zu entwickeln.

In den chinesischen Medien wurden bald erste Erfolge dieser Maßnahmen gefeiert. Beispielsweise statuierte die Stadtregierung in Beijing im Dezember ein Exempel, indem sie erstmals ein Bauunternehmen aus Hubei von der Teilnahme an zukünftigen Bauprojekten in der Hauptstadt ausschloss, nachdem bekannt geworden war, dass die Firma ländlichen Migranten die Auszahlung zustehender Löhne verweigert hatte. Berichten der amtlichen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge sei es darüber hinaus bereits gelungen, die Auszahlung einer erheblichen Summe ausstehender Löhne zu bewirken.

Des Weiteren plant die Regierung, in Bälde einer größeren Anzahl über festem Arbeitsplatz und Unterkunft verfügender Migranten zu ermöglichen, sich in den jeweiligen Städten registrieren zu lassen. Damit würden ihnen ähnliche Rechte wie den lokalen Einwohnern gewährt werden. Bisher war den meisten der offiziell 99 Millionen (inoffizielle Schätzungen: 130 bis 150 Millionen) ländlichen Wanderarbeitern eine Registrierung in den Städten und damit der Zugang zu Bildungsstätten, medizinischer Hilfe, Altersversorgung und anderen Sozialleistungen verwehrt worden. Ferner sind die Migranten, die vorrangig die härtesten und am schlechtesten bezahlten Jobs meist in der Bau- und Reini-

gungsindustrie sowie im Müllsammel-Gewerbe ausüben, häufig Willkürakten seitens der Behörden und ihrer Arbeitgeber ausgesetzt. Auch gegen diese Missstände scheint die Regierung nun vorgehen zu wollen. In den Bereichen des Arbeitsrechtsschutzes sowie des Schulbesuchs von Migrantenkindern sollen in diesem Jahr weitgehende Schritte eingeleitet werden (zur letzteren Thematik siehe Übersicht in der Rubrik „Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur“).

Professor Liu Erduo, Vizedirektor des Instituts für Arbeit und Personalangelegenheiten an der Beijinger People's University (Renmin Daxue), schätzt, dass weitere Details dieser Reformpläne während der jährlichen Sitzung des Nationalen Volkskongresses im März veröffentlicht werden. Der Professor lobt zwar den jüngsten Einsatz der Regierung für die Belange der Migranten, einer konsequenten Umsetzung der ambitionierten Pläne steht er jedoch skeptisch gegenüber. So sei es relativ einfach, beispielsweise die häufig seitens lokaler Behörden für Wanderarbeiter willkürlich erhobenen Abgaben abzuschaffen; schlechter sehe es allerdings für diejenigen Reformen und Projekte aus, die erhebliche Summen finanzieller Mittel benötigen, etwa das nationale Fortbildungsprogramm für Migranten. Es bedürfe zudem nicht nur neuer Politikrichtlinien, um die Situation der Wanderarbeiter zu verbessern, sondern auch legislativer Anstrengungen. So müsse der Zugang der Migranten zu Gewerkschaften dringend gesetzlich verankert werden, um eine Lohnauszahlung wirklich zu garantieren. Die Entstehung dieses schwerwiegenden Problems liege nämlich vor allem daran, dass die ländlichen Zuwanderer als Arbeiter zweiter Klasse behandelt und ihre Rechte gesetzlich nicht geschützt würden.

Dennoch, die in den letzten Monaten eingeleiteten Maßnahmen der neuen Führung haben gezeigt, dass es sich nicht nur um leere Versprechungen handelte, als sich Hu Jintao und Wen Jiabao bei ihrem Antritt Ende 2002 die verstärkte Unterstützung der so genannten „benachteiligten Gruppen“ auf die Fahnen schrieben. Der Verbesserung der Situation ländlicher Migranten kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Nicht zuletzt ist der Zentralregierung nämlich viel daran ge-

legen, den sozialen Sprengstoff, der durch die sich ausweitende Kluft zwischen Arm und Reich an Explosivität zunimmt, zu entschärfen. Denn zum einen stellt die stetig anwachsende Gruppe der meist unterprivilegierten Wanderarbeiter eine nicht zu missachtende potenzielle Quelle sozialer Instabilität dar; zum anderen tragen ländliche Wanderarbeiter aber auch dazu bei, das Wohlstandsgefälle zwischen Stadt und Land durch in die Heimat geschickte Löhne zu mindern. Es wird jedoch abzuwarten sein, auf welche Weise die neuen Richtlinien umgesetzt und ob sie weiter ausgebaut werden. (SCMP, 4.12.03; XNA, 4., 5.12.03, 15.1., 5.2.04; Xinhua, 9.12.03, 17.2., 9.2.04, nach BBC EF, 13.12.03 und BBC PF, 19.1., 10.2.04; *Hong Kong Economic Journal*, 20.1.04, nach BBC PF, 28.1.04; ST, 7.2.04) -bk-

10 Reformen im Justizbereich

Anfang Januar fand in Beijing eine nationale Konferenz mit Vertretern des Justizapparats statt. Die Medienberichterstattung im zeitlichen Umkreis dieses Ereignis gibt verschiedene – wenn auch größtenteils nur vage – Einblicke in die Reformanstrengungen im Justizbereich, die seit Antritt der neuen parteistaatlichen Führung im Herbst 2002 in Angriff genommen worden sind.

Nach Aussagen von Luo Gan, Politbüromitglied und Leiter der ZK-Kommission für Politik und Recht, und Justizminister Zhang Fusen liegt ein Schwerpunkt der Reformen auf dem Gebiet des Strafvollzugs und der Administrativstrafen. So sind Gefängnisse, Arbeitslager (Lager für „Umerziehung durch Arbeit“, *laodong jiaoyang*) und andere Formen der Administrativhaft Gegenstand der laufenden Reformmaßnahmen.

Ein besonderer Akzent liegt dabei derzeit auf der Ausweitung der Gefängnisreform, die im September 2003 in sechs administrativen Einheiten auf Provinzebene angelaufen war, nämlich in Heilongjiang, Shanghai, Jiangxi, Hubei, Chongqing und Shaanxi. Ziel der Reform ist die organisatorische Trennung von Strafvollzug und unternehmerischer Aktivitäten der Gefängnisse (vgl. C.a., 2003/9, Ü 6, Ü 7). So sollen zwei formal voneinan-

der getrennte Verwaltungsstrukturen entstehen. Auf der einen Seite soll eine Gefängnisverwaltung geschaffen werden, die sich gemäß den Bestimmungen des „Gefängnisgesetzes“ auf den Strafvollzug bzw. die Umerziehung der Häftlinge konzentriert; auf der anderen Seite sollen unabhängige Managementstrukturen für die Gefängnisunternehmen gegründet werden, die nach Maßgabe des „Unternehmensgesetzes“ unter kommerziellen Gesichtspunkten Arbeitsplätze für Häftlinge zur Verfügung stellen und die betrieblichen Abläufe verwalten.

Mit dieser Reform reagieren die Justizbehörden augenscheinlich auf internationale und heimische Kritik an der Pflege manchesterkapitalistischer Methoden unter dem Deckmantel offizieller Haftanstalten und am Missbrauch der Arbeitskraft von Häftlingen, für die das Gesetz die Teilnahme an produktiver Tätigkeit vorsieht. Allerdings ist fraglich, ob die Reformmaßnahmen tatsächlich eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Häftlinge mit sich bringen oder nicht in erster Linie pragmatische Ziele verfolgen. So soll zum einen das Wachpersonal der Gefängnisse entlastet werden, das bislang nicht nur für den Strafvollzug, sondern auch für den betriebswirtschaftlichen Erfolg der Gefängnisunternehmen verantwortlich ist. Zum anderen soll durch ein professionelles Management die kommerzielle Wettbewerbsfähigkeit der gefängniseigenen Firmen gestärkt werden, die künftig als eigenständige Rechtspersonen unter dem Dach einer staatseigenen Gefängnisgesellschaft fungieren sollen. Ein weiterer volkswirtschaftlich relevanter Gesichtspunkt kommt schließlich darin zum Ausdruck, dass den Gefängnisunternehmen explizit verboten wird, die für Häftlinge bereitgestellten Arbeitsplätze durch Arbeitskräfte vom freien Arbeitsmarkt zu besetzen. Als ein Beispiel für den vielfältigen Missbrauch in diesem Bereich war im Januar etwa der brisante Fall einer Zigarettfabrik in der Provinz Sichuan bekannt geworden, die als Gefängnisbetrieb ausgegeben worden war. Die Fabrikleitung hatte diese abschreckende Tarnung gewählt, um freie Hand im Umgang mit den Arbeitskräften zu haben, denen – Häftlingen ähnlich – das Verlassen des Fabrikgeländes verwehrt wurde.

Im Bereich des Strafvollzugs und der Administrativstrafen wurden außerdem einige Pilotprojekte bekannt, die einen flexibleren Umgang mit geringfügigen Straftaten ermöglichen sollen. So läuft seit Beginn des Jahres 2003 in den drei regierungsmittelbaren Städten Beijing, Shanghai, Tianjin sowie in den Provinzen Jiangsu, Zhejiang und Guangdong ein Programm des Strafvollzugs durch Sozialdienst. Im Fall leichterer Delikte soll die Wiedereingliederung der Straffälligen durch die Ableistung sozialer und anderer kommunaler Dienstleistungen erleichtert werden (vgl. C.a., 2003/7, Ü 10). Ferner soll in Guangzhou, einer Initiative des Obersten Gerichtshofs vom September 2003 folgend, in Bälde das erste eigenständige Jugendgericht entstehen, um über leichtere Straftaten jugendlicher Delinquenten unter achtzehn Jahren zu entscheiden. Im Unterschied zu den seit 1984 landesweit in den regulären Volksgerichten geschaffenen „Gerichtssälen für Jugendliche“ soll dieses Jugendgericht als formal unabhängiges Rechtsprechungsorgan konzipiert werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Reformbemühungen im Justizbereich liegt laut Luo Gan und Zhang Fusen auf der „Erweiterung und Standardisierung juristischer Dienstleistungen“. Verstanden werden unter dieser Formulierung Maßnahmen zur verbesserten fachlichen Qualifizierung von Juristen, zur Standardisierung des juristischen Examens- und Evaluierungssystems und zum erweiterten Einsatz von Juristen in Unternehmen und Regierungsorganen. So habe die Zentralregierung in Beijing 2003 damit begonnen, gezielt Juristen zu rekrutieren, um die Arbeit der zentralen Staatsorgane in rechtlicher Hinsicht zu verbessern. Landesweit seien, so Zhang Fusen, in zwanzig verschiedenen Provinzen inzwischen 958 Juristen in 384 Regierungsbehörden eingestellt.

Die stärkste Intransparenz weisen laufende Reformmaßnahmen im Polizeiapparat auf. So wurde ebenfalls Anfang Januar gemeldet, dass während einer viermonatigen Säuberungskampagne zwischen August und November 2003 insgesamt 44.701 Sicherheitskräfte aus ihren Ämtern entfernt worden seien. Die Zahl setzt sich aus 33.761 „unqualifizierten Poli-

zisten“ und 10.940 weiteren Angestellten im Polizeiapparat zusammen, die bei der Ausübung polizeilicher Hilfsdienste die Standards nicht erfüllt hätten. Die Kampagne soll von oberster Stelle eingeleitet worden sein, nachdem Zhou Yongkang, Minister für Öffentliche Sicherheit, im Juli letzten Jahres in einem Brief an die Parteispitze auf weit verbreitete Probleme im Polizeiapparat hingewiesen hatte. Völlig unklar bleibt, ob sich die hohe Zahl der Entlassungen auf Disziplinarverstöße wie Trunkenheit am Steuer, Glücksspiel oder unerlaubtes Tragen von Waffen, auf verbreitete Korruptionsaktivitäten oder auf menschenrechtsrelevante Vorwürfe wie etwa die Anwendung von Gewalt und Folter an Personen in polizeilichem Gewahrsam und Inhaftierten, das Erzwingen von Geständnissen und andere Praktiken polizeilichen Missbrauchs bezieht. Insbesondere geht aus der Meldung nicht hervor, ob die Zahl der Entlassungen auch die in Gefängnissen und Arbeitslagern tätigen Polizisten einbezieht, die im Rahmen einer für die Jahre 2003 bis 2005 angelegten Reformkampagne eingehenden Überprüfungen und Disziplinierungsmaßnahmen unterzogen werden sollen.

Wie an den verschiedenen Reformmaßnahmen deutlich wird, scheinen die zuständigen Behörden damit auf die anhaltende Kritik internationaler Menschenrechtsorganisationen am chinesischen Justizsystem zu reagieren. Ein prominentes Beispiel ist etwa ein von Amnesty International im September 2002 an den Staatsrat und den Nationalen Volkskongress der VR China gerichtetes Memorandum mit dem Titel „Establishing the Rule of Law and Respect for Human Rights: The Need for Institutional and Legal Reforms“ (AI Index: ASA 17/052/2002), das explizit die Reform des Gerichtswesens, die Abschaffung verschiedener Formen der Administrativhaft sowie Maßnahmen zur Verhütung von Folter empfiehlt. Einige dieser Vorstöße scheinen unter der neuen parteistaatlichen Führung durchaus auf offene Ohren zu stoßen und im einen oder anderen Fall zu konstruktiven Reformschritten anzuregen. Allerdings scheint es auch der neuen Führung fernzuliegen, sich im Justizbereich auf einen an den international vereinbarten Men-

schenrechtsstandard orientierten Dialog einzulassen. Zumindest der offizielle Diskurs beharrt stattdessen weiterhin auf einem Justiz- und Rechtssystem „chinesischer Prägung“, dessen repressiver Charakter implizit durch die Erfordernisse eines bevölkerungsreichen Entwicklungslandes gerechtfertigt wird. (Xinhua, 5.1.04, nach BBC PF, 8.1.04; XNA, 7., 27., 28.1.04; SCMP, 7.1.04; WSJ, 8.1.04; RMRB, 9.8.03, nach BBC PF, 22.8.03; Zhongguo Xinwen She, 23.10.02, nach FBIS, 6.11.02) -hol-

11 Zunahme der an zentrale Staatsorgane gerichteten Petitionen

Offiziellen Medienberichten zu Folge ist die Zahl der von einzelnen Bürgern an verschiedene zentrale Staatsorgane gerichteten Petitionen im Jahr 2003 erheblich angestiegen. Seit Beginn der Wirtschaftsreformen vor 25 Jahren habe die Zahl der Bittsteller, die sich persönlich nach Beijing begeben hätten, um ihre Anliegen bei den einschlägigen zentralstaatlichen Beschwerdestellen vorzutragen, im vergangenen Jahr ein Rekordhoch erreicht.

Gemäß der offiziellen Zahlen hat die Beschwerdestelle des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses 2003 im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme der Beschwerdebriefe um 20% auf knapp 53.000 verzeichnet. Die Zahl der persönlichen Bittgesuche sei um ein Drittel auf über 17.000 gestiegen – pro Werktag suchten mithin etwa 70 Personen das Beschwerdebüro in der Hauptstadt auf. An der Gesamtzahl der Petitionen nahmen Beschwerden über Polizei, Gerichte und Staatsanwaltschaften den größten Anteil von 40% ein; 33% beschwerten sich über Verwaltungsbehörden, 13% über Korruption und 11% über erlittenes Unrecht – eine sehr weit gefasste Kategorie.

Wie ein Sprecher des Staatlichen Büros für Briefe und Bittgesuche mitteilte, seien über 80% der eingereichten Petitionen ihres Inhalts nach „berechtigt“ gewesen. Ebenfalls 80% der Beschwerden hätten allerdings nicht von zentralen Regierungsstellen in Beijing, sondern von lokalen Regierungsbehörden bearbeitet werden müssen.

Das hohe Aufkommen von Petitionen in der Hauptstadt reflektiert somit zum einen die mangelnde Effizienz und Verantwortlichkeit vieler lokaler Verwaltungen im Umgang mit den Anliegen der Bevölkerung. Eine Ausnahme ist etwa die Stadt Shanghai, die seit einigen Jahren besonderen Wert auf die Vermittlung von Bürgernähe als Teil ihrer öffentlichen Imagepflege legt. Zum anderen dürfte die Zunahme an Petitionen aber auch auf eine gestiegene Bereitschaft in der Bevölkerung zurückzuführen sein, die neue staatliche Führung mit ihrer Betonung der „Volksnähe“ und des Engagements für die Belange benachteiligter Bevölkerungsgruppen beim Wort zu nehmen.

Die Einrichtung so genannter „Büros für Briefe und Bittgesuche“ (*xinfangju*) wird einer persönlichen Initiative Mao Zedongs in den frühen fünfziger Jahren zugeschrieben, um der Stimme des Volkes Zugang zum Zentrum politischer Machtausübung zu gewähren – ein Anklang an ein imperiales Herrscherideal, das vom Kaiser verlangte, sich gegenüber kritischen Remonstranten aus dem Volk offen zu zeigen. Der Initiative Maos folgend wurden solche Büros entsprechend der administrativen Hierarchie von zentraler bis hinunter auf lokale Ebene eingerichtet. Bis in die siebziger Jahre hinein wurde das oberste Büro für Briefe und Bittgesuche beim Staatsrat von Zhou Enlai persönlich vertreten. Auch in der Reformperiode wurde das System staatlicher Beschwerdestellen weitgehend unverändert beibehalten.

Wie eng begrenzt dieser Kanal persönlicher „Remonstration“ ist, zeigen Vorfälle aus jüngster Zeit. So berichteten offizielle Medien, dass vier Petitionäre von der Beijinger Polizei verhaftet wurden, nachdem sie im Dezember 2003 in zwei Fällen versucht hätten, gemeinsam mit anderen Bittstellern durch Demonstrationen auf dem Tiananmen-Platz und in der Nähe des staatlichen Gästehauses Diaoyutai auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen, obwohl sie keine Genehmigungen für die zuvor beantragten Demonstrationen erhalten hatten. Wie den polizeilichen Ausführungen zu entnehmen ist, wird den aus Xinjiang, Sichuan, Shaanxi und der Inneren Mongolei eigers angereisten Personen vorgeworfen, andere Personen zu „illegalen Ver-

sammlungen und Paraden“ angestachelt zu haben, um persönliche Ziele zu verfolgen.

In der Praxis fällt die Abgrenzung zwischen rechtmäßiger „Remonstration“ und unrechtmäßiger Demonstration allerdings umso schwerer, als die größte staatliche Beschwerdestelle in einer Nebenstraße auf der östlichen Seite des Tiananmen-Platzes liegt, sodass größere Ansammlungen von Petitionären allein schon aufgrund der geographischen Nähe zum symbolischen „Nervenzentrum“ der Macht leicht in den Verdacht subversiver kollektiver Aktion geraten. (XNA, 7., 27.1.04; Xinhua, 6.1.04, nach BBC PF, 7.1.04; *Economist*, 31.1.04, S.51) -hol-

12 Aktivisten fordern klare Auslegung der Anti-Subversions-Gesetze

Eine Gruppe von über 100 Wissenschaftlern, Juristen und Demokratie-Aktivisten hat in einer Petition an den Nationalen Volkskongress und das Oberste Volksgericht zur klaren Auslegung der Anti-Subversions-Gesetzgebung der Volksrepublik China aufgerufen. Nach Angaben des Hongkonger Informationszentrums für Menschenrechte und Demokratie soll das Gesuch am 1. März eingereicht werden. In ihm werden die gültigen Bestimmungen als zu „vage“ kritisiert. Sie ließen enormen Raum für Missbrauch und schränkten das Recht der Bevölkerung auf freie Meinungsäußerung ein. Für die parteistaatliche Führung seien die Anti-Subversions-Gesetze zu einem „Allzweckmittel“ für die Unterdrückung abweichender Meinungen geworden, so der Organisator der Kampagne Liu Xiaobo.

Die Petition wird von Hongkonger Kommentatoren mit einem „offenen Brief“ verglichen, der im Vorfeld des XVI. Parteitags der KPCh im November 2002 zirkulierte. In ihm wurden die Delegierten dazu aufgerufen, politische Gefangene freizulassen sowie Direktwahlen und andere politische Reformen durchzuführen. Von den 192 Unterzeichnern des Briefes seien mindestens sechs inhaftiert worden, so die *South China Morning Post*.

Nach Angaben von Liu Xiaobo wird die jüngste Petition erstmals seit der Protestbewegung von 1989 sowohl von

Akademikern und Gelehrten „innerhalb des Systems“, als auch von Dissidenten und Autoren „außerhalb des Systems“ getragen. Zusätzliche Motivation für das Verfassen habe die Masendemonstration Hongkonger Bürger gegen die geplante Anti-Subversions-Gesetzgebung der Administration Tung Chee-hwa im Sommer letzten Jahres gegeben. Diese hatte dazu geführt, dass die geplante Sicherheitsgesetzgebung auf Eis gelegt und die Regierung Tung bis heute keine neue Vorlage unterbreitet hat (vgl. C.a., 2003/7, Ü 29, 30; 2003/8, Ü 25; 2003/9, Ü 25).

In der Petition werden das Oberste Volksgericht und der Nationale Volkskongress, der im März zusammentritt, dazu aufgerufen, „den Unterschied zwischen Subversion und Redefreiheit“ zu klären. „Da die Gesetze undurchsichtig sind“, so das Gesuch weiter, „ist jeder der 80 Millionen Internet-Nutzer in China ein potenzieller Du Daobin“. Der Internet-Aktivist Du, dessen Entlassung die Petition fordert, war im Oktober letzten Jahres aufgrund von Subversionsvorwürfen festgenommen worden. Er hatte mehrere Artikel im Internet veröffentlicht, in denen er die Kontrolle der parteistaatlichen Führung Chinas über die Medien kritisierte. Zudem sprach er sich gegen die geplante Anti-Subversions-Gesetzgebung in der Sonderverwaltungsregion Hongkong aus und setzte sich vehement für die Freilassung der Internet-Aktivistin Liu Di ein. Die 23-jährige Psychologiestudentin, die ebenfalls zu den Unterzeichnern der Petition gehört, war nach über einem Jahr in Untersuchungshaft Ende November kurz vor dem Besuch von Bundeskanzler Schröder in China und der USA-Reise des Ministerpräsidenten Wen Jiabao entlassen worden (vgl. C.a., 2003/12, Ü 10).

Das Gesuch der festländischen Aktivistinnen weist darauf hin, dass die parteistaatliche Führung in Beijing die demonstrierenden Hongkonger Bürger nicht der Subversion angeklagt habe, wohingegen Du Daobin wegen seiner Kritik an den Entwürfen der Anti-Subversions-Gesetzgebung strafrechtlich verfolgt werde. Wang Yi, Rechtswissenschaftler und Unterstützer der Petition, unterstreicht, dass diese Diskrepanz nicht mit der Formel „Ein Land, zwei Systeme“ erklärt werden

könne, da diese sich auf zwei verschiedene institutionelle Systeme und nicht auf verschiedene „Sätze“ universeller Werte beziehe. Die Menschen auf dem Festland seien „Bürger zweiter Klasse“, wenn Menschenrechte in China lediglich innerhalb Hongkongs Anwendung fänden.

Unterdessen veröffentlichte Amnesty International Mitte Januar einen Bericht, in dem die Menschenrechtsorganisation den dramatischen Anstieg inhaftierter Internet-Nutzer anprangert (<http://web.amnesty.org/library/print/ENGASA170012004>). Im Zeitraum von November 2002 bis Januar 2004 habe sich die Anzahl der Organisation namentlich bekannten Inhaftierten von 33 auf 54 erhöht. Die Zahl sei laut Amnesty International, deren Berichte in der Vergangenheit von der chinesischen Regierung als voreingenommen und unbegründet kritisiert wurden, aller Wahrscheinlichkeit nach jedoch erheblich höher. Als Ursache für eine Verhaftung reiche bereits das Herunterladen von Informationen aus dem Internet sowie die freie Meinungsäußerung im Netz oder per E-Mail aus. Zu den sensiblen Themen gehörten die Forderung nach politischen Reformen sowie einer Neubewertung der Niederschlagung der Protestbewegung von 1989, aber auch die Verbreitung von „Gerüchten“ über SARS und die Ablehnung der Verfolgung von Falun-Gong-Anhängern. All dies seien Beispiele für Aktivitäten, die von den Behörden als „Gefahr für die staatliche Sicherheit“ oder „subversiv“ eingestuft würden, so der Bericht weiter. Unter den inhaftierten Internet-Nutzern befänden sich laut Amnesty International Studenten, politische Dissidenten, Falun-Gong-Anhänger, Arbeiter, Schriftsteller, Lehrer, Beamte, ehemalige Polizisten, Ingenieure und Geschäftsmänner. Einige würden ohne Gerichtsverhandlung festgehalten, andere verbüßten Haftstrafen von 2 bis zu 12 Jahren.

Nach Einschätzung der Menschenrechtsorganisation ist China das Land mit der weltweit striktesten Internet-Zensur. Nichtsdestotrotz stieg offiziellen Statistiken zufolge die Anzahl der Internet-Nutzer im Zeitraum von Dezember 2002 bis Dezember 2003 von 59,1 Millionen auf 79,5 Millionen. (SCMP, 8.1., 3.2.04; XNA, 10.1.04; WSJ, 27., 28.1., 1.2.04) -bk-

13 Personeller Wechsel bei CNPC nach Giftgaskatastrophe

Nach dem schweren Gasunfall auf dem Förderfeld Chuandongbei im Bezirk Kaixian (Sichuan) Ende Dezember letzten Jahres (vgl. C.a., 2003/12, Ü 12) sind an der Spitze der verantwortlichen China National Petroleum Corporation (CNPC) einige personelle Wechsel vollzogen worden. So gab der Präsident von Chinas größtem Erdöl- und Raffineriekonzern, Mu Fucan, Anfang Januar das Ausscheiden des Vizepräsidenten des Tochterunternehmens PetroChina, Wu Yaowen, bekannt. Gleichzeitig wurden drei neue Vizepräsidenten ernannt.

Nach Angaben der Sprecherin des Unternehmens, Liu Ying, handele es sich bei dem Wechsel im Management von CNPC lediglich um ein gewöhnliches Prozedere am Jahresanfang. So sei der 60-jährige Wu Yaowen in den Ruhestand getreten. Chinesische Medien sehen jedoch einen klaren Zusammenhang zur Katastrophe und sprechen von einer Entlassung des Vizepräsidenten. Der *China Daily* zufolge soll die Entscheidung über die Ablösung Wus direkt von der State-owned Assets Supervision and Administration Commission (SASAC) getroffen worden sein – einer Kommission des Staatsrats, die die Eigentumsrechte der Ministerien, Kommissionen und Lokalregierungen an den Staatsunternehmen verwaltet. Die Kommission habe ebenfalls die Ernennung der drei neuen Vizepräsidenten, Zhou Jiping, Duan Wende und Wang Yilin, beschlossen.

Untersuchungen der Unglücksstelle haben ergeben, dass Fahrlässigkeit und Pflichtverletzung zur Katastrophe geführt haben sollen. Anfang Januar nahm die lokale Staatsanwaltschaft die Ermittlungen auf. Bislang sollen sechs Mitarbeiter von PetroChina festgenommen bzw. unter Hausarrest gestellt worden sein, so Xinhua. Darunter befinden sich Wang Jiandong, Ingenieur und Direktor des Förderfeldes Chuandongbei, der Techniker Song Tao sowie der Teamleiter der Bohrungen Xiang Yiming. Wang Jiandong und Song Tao wird vorgeworfen, entgegen den Sicherheitsbestimmun-

gen den Gegendruckregulator im Bohrer abmontiert zu haben. Xing Yiming soll weniger Bohrerflüssigkeit als vorgeschrieben beigefügt haben. Durch diese Fahrlässigkeit sei die Gasblase entstanden, die zusammen mit dem Schwefelwasserstoff als tödliches Gemisch entwichen war und das Leben von 243 Menschen gefordert hatte.

Als weitere Konsequenz aus dem Unglück hat die CNPC den Tag der Katastrophe (23. Dezember) zum „Safe Production Caution Day“ erklärt. Nach offiziellen Angaben ist die CNPC bemüht, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Produktion auf höchst möglichen Sicherheitsstandard zu bringen. Zudem sollen Schulungen sowie Übungen für Notrettungen verbessert und intensiviert werden. CNPC verfügt insgesamt über 1,5 Millionen Angestellte und verzeichnet einen Umsatz von mehr als 400 Milliarden RMB jährlich. (XNA, 7., 9., 11., 16.1.04; CD, 9.1.04; SCMP, 10., 13.1.04, nach BBC PF, 11., 14.1.04; FAZ, 12.1.04) -bk-

14 Neue Vorschriften zur Entlassung von Führungskadern in der Provinz Guangdong

Die Organisationsabteilung des Parteikomitees der Provinz Guangdong hat neue Vorschriften zur Entlassung von Führungskadern in Partei- und Regierungsorganen erlassen. Die Bestimmungen, die bereits im Dezember 2003 in Kraft getreten sind, gelten als wegweisende Umsetzung der vom ZK der KPCh erlassenen, landesweit gültigen „Vorschriften zur Rekrutierung und Beförderung von Führungskadern in Partei und Regierung“. Bereits seit einigen Jahren gilt die Provinz Guangdong als Pionier für Reformen im Kadernsystem und im Bereich innerparteilicher Demokratisierung. Die Vorreiterrolle Guandonges dürfte aber auch im Zusammenhang mit der SARS-Krise Ende 2002/Anfang 2003 stehen, in deren Verlauf politische Fehlleistungen in Regierungs- und Parteiorganen der Provinz heftige öffentliche Kritik auf sich gezogen hatten.

Die Vorschriften legen folgende Gründe für eine Entlassung von Führungskadern aus ihren Ämtern fest:

1. das Fällen unsachgemäßer oder nicht verfahrensgerechter Entscheidungen, die im Verlust umfangreichen staatseigenen oder kollektiven Vermögens resultieren; die Verantwortung für schwerwiegende Qualitätsmängel bei groß angelegten Bauprojekten, die schwere materielle Verluste nach sich ziehen;
2. Verfehlungen im Verwaltungsbereich, die schwere politische Zwischenfälle, schwere Verbrechen, schwere Störungen der öffentlichen Sicherheit und des öffentlichen Lebens oder schwere industrielle Unfälle verursachen;
3. die Zurückhaltung von Nachrichten bzw. bewusste Vertuschung oder die Verhinderung von Untersuchungen im Fall schwerer Gesetzesverstöße, sofern davon eine stark negative gesellschaftliche Wirkung ausgeht;
4. Regelverstöße und Missbrauch im Bereich der Rekrutierung und Einstellung von Personal mit negativer gesellschaftlicher Wirkung;
5. Nachlässigkeit in der Ausübung von Verwaltungs- und Aufsichtspflichten in wichtigen Leitungspositionen, die zu schwerwiegenden Gesetzes- und Disziplinverstößen untergeordneter Mitarbeiter führen;
6. von Ehegatten, Kindern und verwandten Personen eines Führungskaders begangene Gesetzesverstöße und kriminelle Delikte, sofern diese schwere negative Auswirkungen haben und die Ausübung des öffentlichen Amtes beeinträchtigen;
7. Nachlässigkeiten und Verfehlungen im persönlichen Verhalten, die eine Schädigung des Rufs als Führungskader und eine stark negative Wirkung in der Bevölkerung nach sich ziehen;
8. sonstige Gründe.

So detailliert hier mögliche Gründe für die Entlassung von Führungskadern aufgefächert werden, zeichnen sich die Vorschriften doch durch einen sehr großen Ermessensspielraum aus. Wie die Formulierungen durchgängig zeigen, sind die objektiven Fehlleistungen an sich noch kein ausreichender Grund für Entlassungen; ausschlaggebend ist vielmehr der Grad der „nega-

tiven gesellschaftlichen Wirkung“, den die jeweiligen Verfehlungen nach sich ziehen.

Keine Berücksichtigung in den jüngsten Vorschriften der Provinz Guangdong zum Kadernsystem findet die Frage des Verbots unternehmerischer Aktivitäten für Führungskader, wie sie gegenwärtig in zentralen Parteikreisen kontrovers diskutiert wird. So wurde an der Zentralen Parteischule in Beijing im Januar bestätigt, dass es führenden Partei- und Regierungskadern untersagt sei, sich nebenberuflich in Unternehmen jeder Art zu beteiligen. Dieses Verbot steht im Gegensatz zu einer verbreiteten Praxis symbiotischer Netzwerke zwischen politischen und wirtschaftlichen Eliten, die insbesondere auf Funktionären auf lokaler Ebene zahlreiche Anreize bieten, kommerziellen Aktivitäten nachzugehen. Wurde diese Praxis bislang meist stillschweigend geduldet, so scheint die neue parteistaatliche Führung bestrebt, derartige korruptionsanfällige Verflechtungen möglichst zu beseitigen. Die Wirksamkeit entsprechender Verbote wird allerdings von ihrer effektiven Umsetzung auf lokaler Ebene abhängen, die gegenwärtig nicht in Sicht zu sein scheint. (*Ta Kung Pao* web site, 20.12.03, nach BBC, 16.1.04; *Zhongguo Xinwen She*, 16.1.04, nach BBC PF, 22.1.04) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

15 Schwerpunkte der diesjährigen Bildungsarbeit

Bildungsminister Zhou Ji erläuterte in einem Zeitungsartikel der *Volkszeitung* die Schwerpunkte der Bildungsarbeit für das Jahr 2004 (vgl. RMRB, 13.1.04, S.11). Danach gibt es in diesem Jahr „zwei große strategische Schwerpunkte“, nämlich erstens die Reform und Entwicklung des ländlichen Bildungswesens und zweitens den Aufbau von Elitehochschulen („Hochschulen von hohem Niveau“).

1. Für das ländliche Schulwesen, auf das sich der Minister in seinen Ausführungen konzentrierte, sind vor al-